

Landrat bittet Bürgermeister um aktive Mithilfe Landkreis braucht dringend Unterkünfte für Flüchtlinge

Amberg-Sulzbach. Landrat Richard Reisinger hat sich mit einem dringenden Appell an die Bürgermeister der Landkreisgemeinden gewandt, dem Landratsamt Amberg-Sulzbach Wohnungen, geeignete Räume oder erschlossene Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der überfüllten ANKER-Zentren und weiterhin steigender Flüchtlingszahlen hat die Regierung der Oberpfalz angekündigt, bis auf Weiteres im Zwei-Wochen-Rhythmus dem Landratsamt Amberg-Sulzbach 25 Personen zuzuweisen. Bis Jahresende rechnet die Kreisbehörde mit bis zu 250 weiteren Migranten, für die Wohnraum benötigt wird. „Der Landkreis steht damit vor einer nie dagewesenen Herausforderung“, heißt es in dem Schreiben von Landrat Richard Reisinger an die Landkreisbürgermeister.

Der Wohnungsmarkt ist zwischenzeitlich sehr angespannt. Viele vormals noch freie Wohnungen werden aufgrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine bewohnt. „Der private Wohnungsmarkt ist quasi leergefegt“, so der Landrat. Dieser hat die Kreisverwaltung bereits damit beauftragt, alle sich anbietenden Möglichkeiten zur Unterbringung größerer Menschenmengen zu prüfen und ggf. zu realisieren. Der Landkreischef will im Zuge einer landkreisweiten Solidarität die Flüchtlinge in gleichem Umfang auf alle Landkreisgemeinden verteilen. Dabei ist der Landkreis jedoch „maßgeblich von den uns angebotenen Wohnungen und Liegenschaften abhängig“. Diese müssten geeignet sein, etwa im Hinblick auf ÖPNV-Anbindungen oder wohnungsnahe Einkaufsmöglichkeiten.

Über den Brandbrief an die Bürgermeister hinaus bittet Landrat Richard Reisinger auch die Landkreis-Bevölkerung um Unterstützung, geeignete Unterkünfte, vor allem für Flüchtlinge aus Drittstaaten wie dem Irak, Syrien oder Afghanistan anzubieten. „Vertragspartner für Immobilienbesitzer, die Wohnraum zur Verfügung stellen möchten, ist der Freistaat Bayern, so dass die Mietkosten zuverlässig bei den Vermietern eingehen“, garantiert der Landrat.

Als Wohnunterkünfte können sowohl klassische Wohnungen als auch ganze Wohnkomplexe und Pensionen angeboten werden, heißt es in dem neuerlichen Presseaufruf des Landratsamtes. Weiter ist der Landkreis auf der Suche nach voll erschlossenen Grundstücken für die Errichtung von Asylunterkünften in Modulbauweise/Container. Die Grundstücke sollten mindestens 2000 qm groß sein und dem Landkreis oder Freistaat Bayern für mehrere Jahre zur Verfügung gestellt werden können.

Wer voll erschlossene Grundstücke anbieten möchte, kann sich an den Leiter des Sozialamts, Georg Jobst (09621 39-534) wenden. Für Wohnungen, Apartments oder Einfamilienhäuser stehen drei weitere Mitarbeiter des Sozialamtes telefonisch zur Verfügung (09621/39-314, 09621/39-325 oder 09621/39-536). Auch per Mail an sozialamt@amberg-sulzbach.de können Wohnungen, Appartements oder erschlossene Grundstücke angeboten werden.

Wohnungen oder Häuser sollten im Idealfall vollmöbliert sein, ist aber keine Voraussetzung. Unverzichtbar ist jedoch, dass fußläufig Einkaufsmöglichkeiten und Busverbindungen vorhanden sein. Die Mietverträge werden in der Regel auf eine unbefristete Zeit abgeschlossen, in Ausnahmefällen sind auch 3-Jahres-Verträge möglich. In allen Fällen tritt der Freistaat Bayern als renommierter Vertragspartner auf.